

Ida Luise Wilhelm

# **Die Verrechtlichung von Geschäftsleitervergütungen in Kapitalgesellschaften**

Nomos

# Inhaltsverzeichnis

Abürzungsverzeichnis	17
Fragestellung, Zielsetzung der Arbeit und Gang der Untersuchung	21
Abschnitt 1 Der Prozess der Verrechtlichung der Vorstands Vergütung	25
I. Stand der Verrechtlichung der Vorstands Vergütung vor dem VorstAG	26
1. Das Angemessenheitsgebot des § 87 Abs. 1 AktG a. F.	26
2. Normgeschichte des § 87 Abs. 1 AktG a. F.	27
a) Die dritte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931	27
b) Die Einführung des ersten Angemessenheitskriteriums in § 78 Abs. 1 AktG 1937	28
3. Lange Bedeutungslosigkeit des § 87 Abs. 1 AktG a. F. in der Unternehmenspraxis und der Rechtswissenschaft	29
4. Erste Schritte auf dem Weg zur Verrechtlichung der Vorstandsvergütung in Rechtsprechung, Gesetzgebung und Kodexbewegung	31
a) Der Mannesmann-Prozess	33
b) Die stufenweise Verschärfung der Anforderungen an die Vorstands Vergütung im Deutschen Corporate Governance Kodex	37
c) Angemessenheit durch Rechenschaft: Das Gesetz über die Offenlegung der Vorstands Vergütungen (VorstOG)	40
II. Die Reform der rechtlichen Anforderungen an die Vorstandsbezüge durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG)	42
1. Das VorstAG im Kontext der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise	42
2. Die Zielsetzung des VorstAG: Nachhaltige Unternehmensentwicklung durch langfristige Verhaltensanreize	44
a) Die These von der Steuerbarkeit des Vorstandsverhaltens durch Vergütungsanreize	45
aa) Hintergrund: Die Entwicklung der Vorstandsvergütung zu einer Anreizvergütung	45

bb)	Die Principal-Agent-Theorie als wirtschaftstheoretische Grundlage der Anreizthese	48
(1)	Die Grundzüge der Principal-Agent-Theorie	48
(2)	Die Principal-Agent-Theorie im Unternehmen	51
(3)	Anreizvergütung als Instrument zur Behebung des Agency-Konflikts	55
cc)	Die zweite wirtschaftstheoretische Grundlage der Anreizthese: Der Shareholder Value-Ansatz	57
dd)	Anerkennung der Anreizthese in Rechtsprechung, Gesetzgebung und Kodex-Bewegung	– 59
b)	Die These von der Erforderlichkeit langfristiger Verhaltensanreize	60
c)	Eigene Bewertung der Thesen	64
3.	Weitere Zielsetzungen des VorstAG: Stärkung der Verantwortlichkeit des Aufsichtsrats für die Vergütungsentscheidung und Verbesserung der Transparenz	68
a)	Die Diskussion um die Qualität der Aufsichtsratsentscheidung über die Vergütung	68
aa)	Problem der tatbestandlichen Unschärfe des § 87 Abs. 1 AktG a. F.	68
bb)	Problem der mangelnden Durchsetzbarkeit der Aufsichtsratshaftung	71
cc)	Probleme im Entscheidungsprozess über die Vergütungsvereinbarung	72
b)	Der Lösungsansatz des VorstAG	74
c)	Eigene Bewertung des gesetzgeberischen Lösungswegs	76
III.	Fazit	79
 Abschnitt 2 Die aktienrechtlichen Regelungen zur Vorstandsvergütung nach Inkrafttreten des VorstAG		 81
I.	Das Angemessenheitskriterium des § 87 Abs. 1 Satz 1 AktG n. F.	81
1.	Gesamtbezüge des einzelnen Vorstandsmitglieds	82
2.	Gesetzliche Bezugspunkte der Angemessenheit	82
a)	Aufgaben des Vorstandsmitglieds	82
b)	Lage der Gesellschaft	84
c)	Leistungen des Vorstandsmitglieds	85
3.	Zusätzliche ungeschriebene Angemessenheitsfaktoren	86
4.	Übliche Vergütung als Obergrenze	87

II. Das Nachhaltigkeitskriterium des § 87 Abs. 1 Satz 2, 3 AktG	91
1. Gebot einer auf die nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichteten Vergütungsstruktur	91
2. Gebot einer mehijährigen Bemessungsgrundlage für variable Vergütungselemente	94
III. Vergütungsbeschluss durch Aufsichtsratsplenium, § 107 Abs. 3 Satz 3 AktG	98
IV. Überblick über die bisherigen Auswirkungen des VorstAG auf die Vergütungspraxis	101
V. Fazit	102
Abschnitt 3 Die zivilrechtliche Begrenzung der Höhe der GmbH-Geschäftsführervergütung durch ein Angemessenheitskriterium	104
I. Zuständigkeit für die Vergütungsentscheidung in der GmbH	104
1. Vergütungszuständigkeit in der nicht paritätisch mitbestimmten GmbH	105
a) GmbH ohne Aufsichtsrat	105
b) GmbH mit fakultativem Aufsichtsrat und mit Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungsgesetz	107
c) Anstellung des Alleingeschafters zum Geschäftsführer	109
aa) § 35 Abs. 3 Satz 1 GmbHHG i.V.m. § 181 BGB	109
bb) § 47 Abs. 4 Satz 2 GmbHHG	111
2. Vergütungszuständigkeit in der paritätisch mitbestimmten GmbH	112
II. Entwicklung einer zivilrechtlichen Angemessenheitsgrenze für GmbH-Geschäftsführervergütungen in der Rechtsprechung	116
1. Problemstellung	116
a) Geschäftsleitungsvergütung als Problem des Minderheitenschutzes in der GmbH	116
b) Besondere Schutzbedürftigkeit des Minderheitsgesellschafters in der GmbH	119
c) Gefährdungsgrad für die Minderheitsinteressen in den einzelnen Fallkonstellationen	120
2. Angemessenheitsgrenze der Rechtsprechung für die Gehaltsfestsetzung in der GmbH ohne paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrat	122
a) Anstellung eines Gesellschafter-Geschäftsführers	123
aa) Die Grundsatzentscheidungen des Bundesgerichtshofs von 1976 und 1990	123
bb) Fortführung durch instanzgerichtliche Rechtsprechung	125

cc) Das Angemessenheitsgebot im Schrifttum	127
dd) Dogmatische Grundlage des Angemessenheitsgebots in der Rechtsprechung	128
(1) Treuepflicht, Stimmrechtsmissbrauch und Verbot unerlaubter Sondervorteile	128
(2) Gleichbehandlungsgebot	131
(3) Verstoß gegen das Verbot der verdeckten Gewinnausschüttung unter dem Gesichtspunkt der Kapitalerhaltung (§ 30 Abs. 1 GmbHG)	135
(4) Verstoß gegen das Verbot der verdeckten Gewinnausschüttung unter den Gesichtspunkten der Treuepflicht und des Gleichbehandlungsgrundsatzes	136
(5) Zwischenfazit	137
ee) Die Kriterien der Angemessenheit	138
(1) Fremdvergleich	138
(2) Die Forderung des BGH nach einer umfassenden Würdigung aller Umstände	140
(3) Vergleich der in der GmbH geltenden Angemessenheitskriterien mit § 87 I 1 AktG n. F.	142
b) Anstellung eines Fremdgeschäftsführers	145
3. Angemessenheitsgrenze der Rechtsprechung für die Gehaltsfestsetzung in der GmbH mit paritätisch mitbestimmtem Aufsichtsrat	147
4. Angemessenheitsgebot in der Einmann-GmbH	149
III. Rechtsfolgen anfänglich unangemessen hoher Geschäftsführervergütungen in der GmbH	151
1. Rechtsfolgen für die Wirksamkeit der Vergütungsvereinbarung	152
a) Nichtigkeit der Vereinbarung nach §§ 134, 138 BGB	152
b) Unwirksamkeit der Vergütungsabrede wegen Missbrauchs der Vertretungsmacht	154
2. Verschuldensunabhängiger Anspruch der Gesellschaft auf Rückzahlung des unangemessenen Gehaltsanteils gegen den Geschäftsführer	158
a) Bei Verstoß gegen das Kapitalerhaltungsgebot des § 30 GmbHG	158
b) Erstattungsanspruch auch ohne Eingriff in das Stammkapital	159

3. Schadensersatzansprüche	161
a) Schadensersatzanspruch gegen die Mitglieder des vergütungszuständigen Gesellschaftsorgans	161
aa) Anspruch gegen die Aufsichtsratsmitglieder in der paritätisch mitbestimmten GmbH	161
bb) Anspruch gegen die Gesellschaftermehrheit in der nicht unter das MitbestG fallenden GmbH	163
b) Schadensersatzanspruch gegen den leistungsempfangenden Geschäftsführer	164
4. Anfechtbarkeit des Beschlusses der Gesellschafterversammlung in der nicht paritätisch mitbestimmten GmbH	167
5. Spezielle Rechtsfolgen in der paritätisch mitbestimmten GmbH	
6. Zusammenfassung der Rechtsfolgen unangemessener Geschäftsführervergütung und Betrachtung der Durchsetzbarkeit unter Vergleich mit dem Aktienrecht	167
7. Anwendung des Stimmrechtsverbots des § 47 Abs. 4 Satz 2 GmbHG auf die nicht paritätisch mitbestimmte GmbH als Alternative zum Angemessenheitsgebot	168
a) Unstreitig kein Verstoß gegen § 181 BGB bei Mitwirkung des Gesellschafter-Geschäftsführers am Anstellungsbeschluss	170
b) Der Streit über die Anwendbarkeit des Stimmverbots des § 47 Abs. 4 Satz 2 GmbHG auf die Beschlussfassung des Mehrheitsgesellschafters	171
aa) Teleologische Reduktion des § 47 Abs. 4 Satz 2 GmbHG nach der Rechtsprechung und der herrschenden Literatur	173
bb) Befürwortung der Anwendung des § 47 Abs. 4 Satz 2 GmbHG zur Sicherung eines effektiven Minderheitenschutzes	174
cc) Stellungnahme	175
(1) Begrenzte Minderheitenschutzwirkung des Angemessenheitsgebots	175
(2) Der Beschluss über den Anstellungsvertrag als „Sozialakt“	176
(3) Besondere Intensität des Eigeninteresses des Mehrheitsgesellschafters	178
(4) Kein Überwiegen der Mitgliedschaftsbefugnisse wegen Untrennbarkeit von Bestellungs- und Anstellungsvertrag	178
(5) Kein höheres Konfliktpotential bei Bestimmung der Anstellungsbedingungen durch die Minderheit	180

IV. Anwendung des Angemessenheitsgebots des § 87 Abs. 1 Satz 1 AktG auf die GmbH	181
1. Meinungsstand zur Anwendung des § 87 Abs. 1 Satz 1 AktG auf die GmbH	184
a) Anwendung auf die nicht paritätisch mitbestimmte GmbH	184
aa) Anwendung über die Verweisungsketten	184
bb) Analoge Anwendung	187
b) Anwendung auf die paritätisch mitbestimmte GmbH	188
aa) Anwendung über die Verweisungskette	189
bb) Analoge Anwendbarkeit	196
2. Stellungnahme	191
a) GmbH ohne Aufsichtsrat	191
b) GmbH mit fakultativem Aufsichtsrat und Aufsichtsrat nach dem DrittelbG	192
aa) Anwendung über die Verweisungsketten	192
bb) Analoge Anwendung	195
c) Anwendung auf die paritätisch mitbestimmte GmbH	195
aa) Anwendung über die Verweisungskette	195
bb) Analoge Anwendung	197
V. Zusammenfassung des Abschnitts 3	199
 Abschnitt 4 Anwendung des Nachhaltigkeitserfordernisses und des Plenarvorbehalts auf die GmbH-Geschäftsführervergütung	 203
I. Anwendung des aktienrechtlichen Nachhaltigkeitsgebots des § 87 Abs. 1 Satz 2, 3 Halbs. 1 AktG auf die GmbH	203
1. Ausgestaltung der variablen Bestandteile der GmbH-Geschäftsführervergütung in der Rechtspraxis	203
2. Keine Problematisierung der kurzfristigen Anreizwirkung von Geschäftsführerantiemen durch staatliche Maßnahmen und Rechtswissenschaft	206
3. Anwendbarkeit des Nachhaltigkeitsgebots nach § 87 Abs. 1 Satz 2, 3 Halbs. 1 AktG auf die GmbH-Geschäftsführervergütung	207
a) Ablehnung im Schrifttum	207
b) Eigene Bewertung	208
aa) Anwendung auf die GmbH mit Aufsichtsrat über die Verweisungsketten	208
bb) Analoge Anwendung	209

c) Überlegungen de lege ferenda: Zweckmäßigkeit der Schaffung eines Nachhaltigkeitsgebots im GmbH-Recht	211
aa) Fehlendes Regelungsbedürfnis aufgrund weitreichender Möglichkeiten der GmbH-Gesellschafter zur Steuerung der Geschäftsleitung	212
bb) Geschäftsführung durch Mehrheitsgesellschafter	216
II. Geltung des Plenarvorbehalts nach §§ 107 Abs. 3 Satz 3, 87 Abs. 1 AktG in der paritätisch mitbestimmten GmbH	217
1. Geteilter Meinungsstand im Schrifttum	219
2. Stellungnahme	221
III. Zusammenfassung des Abschnitts 4	223
Abschnitt 5 Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussbemerkung	225
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	225
II. Schlussbemerkung	230
Literaturverzeichnis	231